

12.01.2022

Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am 19.01.2022

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus sein zu Drucksache 19/2641, ersetzt Umdruck 19/5915

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus.

Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, proaktiv das Erstar-
ken sämtlicher Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam zu be-
kämpfen.

Der Landtag begrüßt sowohl die von der Innenministerin des Landes Schleswig-
Holstein in Auftrag gegebene Untersuchung zum Werteverständnis und zur Grund-
haltung innerhalb der Landespolizei als auch eine bundesweite gesamtgesellschaftli-
che, wissenschaftliche Untersuchung zu möglichen extremistischen und rassisti-
schen Einstellungen auch innerhalb öffentlicher Institutionen.

Der Landtag bittet die Landesregierung in einem zweiten Schritt, das Werteverständ-
nis der Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein so-
wie Methoden zur Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen menschenfeindliche
Verhaltensweisen wie auch die Entwicklung und Verbreitung diskriminierender Hand-
lungen in sämtlichen Landesbehörden - ggfs. nach und nach - zu untersuchen.

Mit der Durchführung der Untersuchungen ist eine unabhängige wissenschaftliche
Einrichtung zu beauftragen. Die konzeptionelle Ausgestaltung beider Untersuchun-
gen ist im Vorwege ihrer Durchführung im Innen- und Rechtsausschuss vorzustellen.

Der Landtag begrüßt im Weiteren die Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen des Landesaktionsplanes „Gemeinsam verschieden – für Vielfalt. Toleranz und Respekt in Schleswig-Holstein“ in Bezug auf die Landesverwaltung.